

034

Mai 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

1. Mai in Deutschland:

Gewerkschaften mobilisieren 425.000 Menschen

Am diesjährigen 1. Mai haben sich rund 425.000 Menschen an zahlreichen Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt, darunter auch viele Veranstaltungen der IG Metall. Die Kundgebungen fanden in über 439 Orten im ganzen Land statt und standen unter dem Motto "Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa" und forderten eine neue Ordnung der Arbeitsmärkte und ein Ende der Umverteilung von unten nach oben in Europa. Für die IG Metall markierte der 1. Mai zugleich das Ende der Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg, erste Warnstreiks standen daher auch auf dem Programm. Nur einen Tag später stand die Gedenkveranstaltung des DGB zur Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933 auf dem Programm, die sich 2013 zum 80. Mal jährte.

→ [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Wieder Proteste in Südeuropa:

Große Demonstrationen in Athen und Madrid

Zum zweiten Jahrestag der Bewegung der "Empörten" flammen die Proteste gegen die Spardiktate der EU in Südeuropa wieder vermehrt auf. So gingen schon am 1. Mai in der griechischen Hauptstadt Athen und in Thessaloniki Zehntausende Menschen auf die Straße, auch in der spanischen Hauptstadt Madrid demonstrierten Tausende gegen Sparpolitik und Demokratieabbau. Nur wenige Tage später kam es in der spanischen Hauptstadt erneut zu Protesten, drei Demonstrationen führten zum zentralen Platz "Puerta del Sol", der 2011 wochenlang von

Demonstranten besetzt worden war. Die Polizei kündigte an, eine erneute Besetzung nicht dulden zu wollen. Bereits Ende April war es bei Kundgebungen der Protestbewegung zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen. → [Weiter...](#)

Endlos-Debatte:

Hunderte Unternehmen unterlaufen Mindestlohn

Die bestehenden so genannten Lohnuntergrenzen, die die aktuelle Bundesregierung anstelle richtiger Mindestlöhne in einigen Branchen eingeführt hat, werden vielfach systematisch unterlaufen. Das zeigen neue Erhebungen des Bundesfinanzministeriums, die die "Süddeutsche Zeitung" ausgewertet hat. Demnach wurde im vergangenen Jahr allein in der Bauwirtschaft in 1690 Fällen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil der Mindestlohn nicht bezahlt wurde. Auch in der Gebäudereinigung und der Pflegebranche habe es zahlreiche Fälle gegeben, so die Zeitung. Die Zahlen habe das Bundesfinanzministerium auf Anfrage der Grünen im Bundestag zusammengestellt. Das verhängte Bußgeld wegen Verstößen beim Mindestlohn belaufe sich insgesamt auf fast zwölf Millionen Euro. CDU und insbesondere FDP weigern sich dennoch beharrlich, wirksam gegen Dumpinglöhne und die damit verbundene wachsende Armut vorzugehen. → [Weiter...](#)

"Neue Ordnung der Arbeit":

Bundesweite Aktionstage im Juni

Mit bundesweiten Aktionstagen vom 7. bis zum 9. Juni wollen DGB, IG Metall und weitere Gewerkschaften den Druck auf die Politik im Vorfeld der Bundestagswahl erhöhen. Geplant sind zahlreiche dezentrale Veranstaltungen auf Marktplätzen, in Stadthallen und Fußgängerzonen. Von klassischen Diskussionsständen bis zu Guerilla-Aktionen

034

Info-Teaser für Aktive



werden die Gewerkschaften für ihre Forderungen werben. "Es gab in Deutschland mal einen Konsens, dass jemand, der die ganze Woche hart arbeitet, von seiner Arbeit auch leben können muss. Diesen Konsens haben manche Arbeitgeber einseitig aufgekündigt", sagte der bayerische Bezirksvorsitzende des DGB, Matthias Jena, bei der Vorstellung der Pläne. Deshalb müsse jetzt der Gesetzgeber handeln. Zu den Forderungen zählen unter anderem eine strikte Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Kampagne "Revolution Bildung": Jetzt Bildungsmanifest unterzeichnen

Im Rahmen der neuen Kampagne "Revolution Bildung" fordert die IG Metall im Wahljahr mit einem Bildungsmanifest grundlegende Reformen im deutschen Bildungssystem. Bildung soll demnach gerechter, für alle zugänglich, in der Regel kostenfrei und besser mit Arbeit vereinbar werden. "Wir steuern auf eine Bildungskatastrophe zu. Die Politik hat versagt und lässt die Junge Generation alleine zurück. Dagegen wird die IG Metall aktiv. Deshalb fordern wir alle Eltern, Schüler, Studierende, Azubis und Beschäftigte der Republik auf, das Bildungsmanifest zu unterzeichnen und den grundlegenden Wandel des Bildungssystems voranzutreiben", sagte Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall. Deutschland brauche ein Bildungssystem, das lebenslanges Lernen ermöglicht, hieß es weiter. Das Bildungsmanifest kann online und in zahlreichen Betrieben unterschrieben werden. Die IG Metall will möglichst viele Unterstützer für ihre Forderungen gewinnen und in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis im Vorfeld der Bundestagswahl Druck auf Politik und Wirtschaft ausüben.

→ [Weiter...](#)

Nach Katastrophe in Bangladesch: Aufruf an Konzerne zur Selbstverpflichtung

Nach dem tragischen Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch am 24. April mit mehr als 1000 Toten hatte die "Kampagne für saubere Kleidung" gemeinsam mit den internationalen Gewerkschaftsbünden IndustriAll und DUNI global union westliche Konzerne zur Unterzeichnung eines Abkommens zu Brandschutz und Gebäudesicherheit aufgefordert. Mit Erfolg: Mit Ausnahme von Metro unterzeichneten alle großen Abnehmer das Abkommen. "Die jetzt unterzeichnete Vereinbarung hat Modellcharakter. Sie gibt den Beschäftigten nicht nur Rechtssicherheit, sondern schafft transparente Mechanismen zur Überwachung und Umset-

zung von vereinbarten Standards. Die Beschäftigten brauchen Sicherheit am Arbeitsplatz, Löhne, von denen sie und ihre Familien leben können und einklagbare Rechte", erklärte Michael Sommer, Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und DGB-Vorsitzender in Berlin. In den Trümmern waren auch Hinweise auf deutsche Unternehmen wie etwa die Textil-Discounter NKD und KIK gefunden worden. → [Weiter...](#)

Umsonst-"Bild" zur Wahl: Springer beglückt die Nation

Nach der gigantischen Werbemaßnahme zum 60-jährigen Bestehen der "Bild"-Zeitung, bei der im vergangenen Jahr rund 40 Millionen Haushalte mit einer kostenlosen Ausgabe der "Bild"-Zeitung beliefert wurden, plant der Springer-Verlag zur Bundestagswahl in diesem Herbst eine ähnliche Aktion. Am 21. September, einen Tag vor der Wahl, solle wieder eine Ausgabe des Krawallblatts an alle 40 Millionen Haushalte in Deutschland verteilt werden, kündigte Springer-Chef Mathias Döpfner an. Die Sonderausgabe solle parteipolitisch streng neutral sein und einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten, hieß es bei Springer. Das werden dem Konzernchef nicht alle glauben: Im vergangenen Jahr hatten sich rund 250.000 Menschen gegen eine Zustellung der Gratis-Zeitung ausgesprochen, der Springer-Konzern musste daraufhin aufwändig sicherstellen, dass kein Verweigerer die Zeitung im Briefkasten fand. Ähnliche Aktionen werden auch dieses Mal erwartet.

→ [Weiter...](#)

Berufsbildungsbericht 2013: Zynische Schönfärberei der Bundesregierung

Über 165.000 Jugendliche blieben im vergangenen Jahr ohne Ausbildungsstelle – und trotzdem spricht die Bundesregierung von einer "weiterhin guten" Situation auf dem Ausbildungsmarkt. 15.650 junge Menschen sind demnach "unversorgt", um 60.379 "bemühe" man sich und von 89.933 jungen Menschen ist man "ohne Informationen zum Verbleib". Faktisch präsentiert die Bundesregierung damit eine Zunahme von 38,2 Prozent der "unversorgten" Bewerber bei gleichzeitig sinkender Gesamtzahl der Ausbildungsverträge. Doch damit nicht genug: Nach wie vor hängen 270.000 junge Menschen im so genannten Übergangssystem fest und nur ein Fünftel der Betriebe bildet überhaupt noch aus. Nur in einem Punkt hat Bildungsmministerin Wanka recht: Alle "jungen Menschen werden gebraucht, um künftig den Fachkräftenachwuchs in Deutschland sicherzustellen", heißt es in dem Bericht – freilich, ohne einen Weg zur Lösung des Problems vorzuschlagen.

→ [Weiter...](#)

Junges Leben

Neues Buch: Im "Schamland"

Gab es 1994 gerade einmal 4 Tafeln in Deutschland, so stieg die Zahl der Essensausgabestellen für Bedürftige, die sich mit dem Markennamen "Tafel" schmücken dürfen, bis 1999 auf über 210 und bis 2012 auf 906 an. Was die Befürworter der Tafeln als sinnvolles ehrenamtliches Engagement begrüßen, beschreiben Kritiker wie Stefan Selke als ein politisch gewolltes System, das die Ausbreitung von Armut zugleich ermögliche und legitimiere. Selke, Professor für Soziologie in Furtwangen, spricht von einer "Almosen-Ökonomie", die Tafeln sind für ihn "Verharmlosungsagenturen", die den Staat entlasten und zugleich das Bedürfnis nach Verdrängung des Themas Armut bedienen. Sein Buch "Schamland" fasst eine dreijährige Tour durch Suppenküchen, Sozialkaufhäuser und Nachbarschaftscafés zusammen und gibt jenen "Schattenmenschen" eine Stimme, die auf die Almosen der Überfluggesellschaft angewiesen sind. → [Weiter...](#)

Neues Buch: Was ist "Zivilkapitalismus"?

Debatten um den Kapitalismus haben gegenwärtig Hochkonjunktur und dürfen daher auch auf der Berliner Konferenz re:publica nicht fehlen, auf der sich seit ein paar Jahren die Internetszene Deutschlands trifft, um die neuesten netzpolitischen und technischen Fragen zu diskutieren. Dort stellte auch "brand eins"-Autor Wolf Lotter seine Pläne zu einem Buch mit dem Titel "Zivilkapitalismus" vor, das im Herbst diesen Jahres erscheinen soll. Dabei stellt sich Lotter sowohl gegen diejenigen, die den Kapitalismus dämonisieren als auch gegen die kritiklosen Befürworter des Systems. Sein "Zivilkapitalismus" ist die Wirtschaftsordnung einer "Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert", geprägt nicht mehr vom immanenten Zwang zur Profitmaximierung sondern von uneigennütigen und verantwortungsvollen Akteuren, die das große Ganze im Blick haben. → [Weiter...](#)

Debatte um Netzneutralität: Proteststurm gegen Telekom im Netz

Die Pläne der Telekom, ihre Internet-Flatrates nach Erreichen eines bestimmten Datenvolumens drosseln zu wollen rufen weiterhin heftigen Widerstand hervor. Im Zentrum der Kritik steht dabei die so genannte Netzneutralität, also die Gleichberechtigung aller Anbieter im Internet. Die Pläne der

Telekom sehen vor, bestimmte Dienste bevorzugt vor anderen zu behandeln – oder höhere Gebühren für mehr Datenverkehr zu verlangen. "Wir fordern ganz klar eine Festbeschreibung der Netzneutralität mit klaren Sanktionsmöglichkeiten, wenn Angebote der Konkurrenz diskriminiert und eigene Angebote bevorzugt werden", forderte Internet-Experte Markus Beckedahl, Vorstand des Vereins "Digitale Gesellschaft" und Betreiber des Blogs netzpolitik.org. Unterdessen formiert sich breiter Protest im Internet. Von hilf-telekom.de bis zu imitierten Werbespots gibt es zahlreiche Seiten, die sich gegen die Pläne des Konzerns wenden. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Roman-Debüt: "Sterne"-Frontmann über das Scheitern

Frank Spilker kennt man als Sänger und Texter der Hamburger Band "Die Sterne", die seit den 90er-Jahren zum musikalischen Inventar der Hansestadt zählt. Nun hat er einen Roman geschrieben, der vom Scheitern in der so genannten Kreativwirtschaft handelt. "Es interessiert mich nicht, aber das kann ich nicht beweisen" erzählt die Geschichte von Thomas Toppelmann, einem Hamburger Grafikdesigner, in dessen Leben seit geraumer Zeit so ziemlich alles schief läuft und der als Konsequenz die Flucht in die Provinz antritt. Was folgt, ist die Flucht aus Hamburg und ein Roadtrip in die norddeutsche Provinz. Das Buch ist die Geschichte eines Abstiegs und einer sich abzeichnenden Katastrophe im Prekariat. Damit ist der Sterne-Frontmann nicht der erste, was Spilkers Buch jedoch von ähnlichen Texten abhebt, ist die humorvolle Lakonie, der bekannte "Sterne"-Sound, der sich auch in seinem zuweilen etwas langatmig geratenen Roman-Erstling wiederfindet. → [Weiter...](#)

Am Ende

Bundestagswahl 2013: Gegen Bildung, für mehr Bürokratie!

Den meisten Menschen genügt schon der Gedanke an den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, um entnervt die Flucht anzutreten. Nicht so der Humor-Abteilung des ZDF. Dort hat man eine großartig-absurde eigene Wahlkampagne aufgelegt, in der die Kabarettisten Oliver Welke, Urban Priol und Erwin Pelzig gegen Bildung, für mehr Bürokratie und für "Zukunft durch Fernsehen" werben. Angesichts der zu erwartenden Wahlwerbung in den kommenden Monaten eine → [willkommene Abwechslung.](#)